

hört wie-
ct ist Ver-
erte die
teilung:
Bäder
er zurück
heraus-
stadt Lei-
t und der
uss nicht
privater
aft aus-
weshalb
ekts ent-
auf die
ertragen.
chlüssen
iese Wei-
und der
en Schu-
ar Verfü-

e für die
allenbad
auch ihr
ubieten.
Verbeak-

Osterfe-
che und
wachse-
maßnah-
Leimen
erichten
d regem
oril, gel-
en Öff-
sonntag:
u. Frei-
donners-
and Ver-
n (Kar-
r.“



Das waren noch Zeiten: s.a.b.-Geschäftsführer Wolfram Wäscher, OB Wolfgang Ernst und Erster Bürgermeister Bruno Sauerzapf (v.l.) unterzeichneten am 28. Juni 2005 den Partnerschaftsvertrag. Jetzt bedarf es wohl ihrer Unterschriften, um die Partnerschaft zu beenden. Foto: Alex

Stadträtin zitiert die Gegner – Bürgermeister nennt Zahlen

Von Rainer Laux

Eppelheim. Die Hiobsbotschaften aus Leimen zum Scheitern des ÖPP-Projektes mit s.a.b. zur Sanierung des Bäderparks und nun notwendigen Rückabwicklung verhalten nicht ungehört. Zumindest die Kritiker des Eppelheimer ÖPP-Projektes zur Sanierung der Schulen und Hallen ließen die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen und nutzten sie für eine erneute Abrechnung. Dr. Elisabeth Dahlhaus, SPD, erhob im Gemeinderat ihre Stimme im Namen aller Manner und sah deren Skepsis bestätigt, denn in Leimen sei jetzt unter Millionenverlusten die erste ÖPP-Ehe geschieden worden.

Für ihre geharnischten Worte zog sie Zitate von ÖPP-Kritikern heran. Der Stuttgarter Rechnungshof habe davor gewarnt, dass die Kosten für diese per öffentlich-privater-Partnerschaft geschlossenen Verträge bei langfristigen Projekten zwar formal nicht im Haushalt unter Verschuldung gebucht würden, aber dennoch als eine „graue Verschuldung“ zu bezeichnen wären. Ein Publizist habe sogar von „verschleierte Verschuldung“ gesprochen. Eine ähnliche Stellungnahme von Christa Balling-Gündling, Grüne, beim Verabschieden des Haushalts habe Mörlein als Verfälschung und „grotesk“ abgetan.

Die Demokratie nehme Schaden, weil sich der Gemeinderat als Kontrollgremium selbst entmachte. Er übertrage seine Kompetenz bei solchen Projekten nämlich an die Verwaltung und an die privaten Investoren. Die Kritiken seien berechtigt und würden von vielen politischen Entscheidungsträgern geteilt.

Erfolglos blieb ein Störversuch von ÖPP-Befürworter Trudbert Orth, CDU, der den Redefluss von Dahlhaus mit dem Hinweis darauf zu unterbrechen suchte, dass unter diesem Tagesordnungspunkt nur „Anfragen“ aus der Mitte des Gemeinderats gestellt werden könnten. Er ließ dabei freilich unerwähnt, dass der Tagesordnungspunkt „Anfragen und Sonstiges“ heißt. Dr. Dahlhaus half sich selbst und ließ sich entrüstet „nicht den Mund verbieten“.

Pleiten, Pech ... und nun das Aus

Stadt und s.a.b. beenden ihre kurze Partnerschaft – Konsequenzen für die Stadt bleiben im Dunkeln

Von Thomas Frenzel

Leimen. Seit gestern ist offiziell, dass die Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) zwischen der am Bodensee beheimateten s.a.b.-Firmengruppe und der Stadt Leimen geschieden wird – Frei- und Hallenbad werden wieder städtisch. Und zur Feier gibt es bis zum Ende der Osterferien verbilligten Eintritt: Erwachsene zahlen für den Badbesuch einen Euro, Kinder, Jugendliche und Ermäßigte die Hälfte.

So ist es der offiziellen Pressemitteilung zu entnehmen, mit der die Stadt gestern den neuerlichen Besitzerwechsel

kommunizierte. Die RNZ veröffentlicht diese städtische Unterrichtung der Öffentlichkeit nebenstehend im Wortlaut.

Welche Konsequenzen sich aus dieser Scheidung ergeben, ist der gestrigen Pressemitteilung nicht zu entnehmen. Zudem war gestern die Leimener Stadtspitze aus dem Haus und der s.a.b.-Geschäftsführer Wolfram Wäscher nicht erreichbar. 2005 hatten beide Seiten noch den ÖPP-Vertrag in Leimen unterzeichnet, mit dessen Hilfe das im Jahr 2000 aus hygienischen Gründen geschlossene Freibad wieder flott gemacht werden sollte. Als das Bad dann – verspätet – im Juni 2007 öffnete,

verhagelte nicht allein ein regnerischer Sommer den Erfolg.

Pleiten, Pech und Pannen blieben treue Begleiter des s.a.b.-Bäderparks. Ob Gastronomie, Bauausführung, angegliederte Kegelbahnen oder Öffnungszeiten – nirgends lief es rund. Die Besucher blieben weg. Und die s.a.b. pochte auf Nachbesserung: Statt jährlich 400 000 Euro sollte die Stadt eine Million zuschießen. Die sagte Nein und muss nun dem Vernehmen nach mindestens zehn Millionen berappen. Kritische Schätzungen liegen höher. Hinzu kommen jährliche Unterhaltskosten im siebenstelligen Bereich.

Der Luftkurort glänzt durch seine gute Lage